

Boecken/Loosen

Schwerpunktbereich Arbeits- und Sozialrecht

Gutachterliche Falllösungen/
Fragen zur Wiederholung und Vertiefung/
Beispiel für eine Seminararbeit

2., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan Koriath

Schwerpunktbereich Arbeits- und Sozialrecht

Gutachtliche Falllösungen
Fragen zur Wiederholung und Vertiefung
Beispiel für eine Seminararbeit

von

Prof. Dr. Winfried Boecken, LL.M (EHI Florenz),
em. Ordinarius für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Recht der Sozialen Sicherheit an
der Universität Konstanz

und

Lea-Marie Loosen,
Rechtsanwältin

2., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

2. Auflage 2026

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Heßbrühlstr. 69, 70565 Stuttgart
produktsicherheit@kohlhammer.de

Print:

ISBN 978-3-17-045454-5

E-Book Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-045455-2

epub: ISBN 978-3-17-045456-9

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Nach inzwischen elf Jahren seit dem Erscheinen der ersten Auflage im Jahr 2015 ist es an der Zeit, eine aktualisierte zweite Auflage vorzulegen. Die Fallsammlung wurde unter Beibehaltung ihrer bisherigen Konzeption inhaltlich umfassend überarbeitet und auf den neuesten Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur gebracht. Diese konnten bis Ende 2025 Berücksichtigung finden.

Ihrer Zielsetzung nach dient die Fallsammlung als Arbeitsgrundlage zur Vorbereitung auf die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung im Schwerpunktbereich Arbeits- und Sozialrecht und versteht sich als Ergänzung zur klassischen Lehrbuchliteratur. Den Studentinnen und Studenten soll ein erster Zugang zu den erörterten Rechtsfragen eröffnet und zugleich die praktische Anwendung, Wiederholung und Vertiefung des bereits abstrakt erlernten Wissens ermöglicht werden. Des Weiteren soll das für die selbstständige Fallbearbeitung erforderliche Problembewusstsein anhand examensrelevanter, klausurtypischer Konstellationen geschult werden. Ein besonderes Augenmerk ist darauf gerichtet, sowohl die dogmatischen Strukturen als auch die praktischen und verfahrensrechtlichen Zusammenhänge der behandelten Rechtsfragen offenzulegen und nachvollziehbar zu machen.

Die Fallsammlung ist unverändert in drei Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt enthält ausführliche gutachterliche Falllösungen mit zahlreichen Hinweisen zur vertiefenden Nachbereitung. Der weit überwiegende Teil der zumeist auf höchstrichterlichen Entscheidungen basierenden Fälle ist bereits Gegenstand von Examensklausuren im Schwerpunktbereich Arbeits- und Sozialrecht gewesen. Der zweite Abschnitt enthält Fragen zur Wiederholung und Vertiefung, die insbesondere auch zur Vorbereitung auf eine mündliche Prüfung dienen. Die Fragen werden jeweils ausführlich mit zahlreichen Hinweisen für das selbstständige Studium beantwortet. Im dritten Abschnitt ist ein Beispiel einer Studien- bzw. Seminararbeit enthalten, die als Orientierungshilfe für Studentinnen und Studenten dient, die ebenfalls eine Studien- bzw. Seminararbeit zu erstellen haben.

Die Verfasser danken Frau Melanie Polk herzlich für die zuverlässige und souveräne Durchführung der Schreifarbeiten.

Kritik und sonstige Hinweise sind erwünscht. Bitte verwenden Sie dafür die Mailadresse lea.loosen@web.de.

Konstanz/Frankfurt, im Februar 2026

Winfried Boecken
Lea-Marie Loosen

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIV
Erster Abschnitt: Gutachtliche Falllösungen	1
Unterabschnitt I: Betriebsverfassungsrecht.	1
Fall 1	3
Sachverhalt Fall 1.	3
Prüfungsaufbau Fall 1	5
Lösung Fall 1	5
A. Teil 1.	5
I. Zulässigkeit.	5
1. Rechtswegzuständigkeit und richtige Verfahrensart	5
2. Örtliche Zuständigkeit	7
3. Ordnungsgemäße Antragsstellung.	7
4. Antragsbefugnis	7
5. Beteiligten-, Prozess- und Postulationsfähigkeit.	7
6. Zwischenergebnis.	8
II. Begründetheit	8
1. Erfasste Kosten.	8
2. Erforderlichkeit der Kosten	8
III. Ergebnis	10
B. Teil 2.	10
I. Anspruch von F und M auf Lohnzahlung aus § 611a Abs. 2 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag.	10
II. Anspruch von F und M auf Lohnzahlung aus §§ 37 Abs. 6 Satz 1, Abs. 2 BetrVG, 611a Abs. 2 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag	11
1. Beschlussfassung.	11
2. Erforderlichkeit	12
a) Seminarteilnahme der F.	12
b) Seminarteilnahme des M	13
3. Ergebnis	13
Fall 2	15
Sachverhalt Fall 2.	15
Prüfungsaufbau Fall 2	17
Lösung Fall 2	17
A. Zulässigkeit	17
I. Rechtswegzuständigkeit	17
II. Richtige Verfahrensart	18
III. Sachliche Zuständigkeit	18
IV. Örtliche Zuständigkeit	18
V. Ordnungsgemäße Antragstellung.	18
VI. Antragsbefugnis.	19
VII. Beteiligtenfähigkeit	19

Inhaltsverzeichnis

VIII. Prozess- und Postulationsfähigkeit	20
IX. Feststellungsinteresse	20
X. Zwischenergebnis	21
B. Begründetheit	21
I. Auswirkungen der Abspaltung auf die Betriebsvereinbarung	21
II. Beendigung der BV-Prämien durch Kündigung	22
1. Ordnungsgemäße Kündigungserklärung	22
2. Fehlende Regelung zur Kündigung in der Betriebsvereinbarung	23
3. Erforderlichkeit eines Kündigungsgrundes	23
4. Kündigungsfrist	23
5. Entgegenstehender Tarifvertrag	23
a) Wirksamer Tarifvertrag	23
b) Tarifbindung und Inkrafttreten	24
c) Auslegung des Tarifvertrags	25
6. Zwischenergebnis	25
III. Nachwirkung	26
IV. Ergebnis	26
Fall 3	27
Sachverhalt Fall 3	27
Prüfungsaufbau Fall 3	28
Lösung Fall 3	29
I. Anspruch auf Zahlung eines Essensgeldzuschusses i. H. v. EUR 2,50 aus § 611a BGB i. V. m. einer Gesamtzusage	29
1. Arbeitsverhältnis zwischen B und der H-GmbH	29
2. Gesamtzusage der H-GmbH	29
a) Ausgangspunkt	29
b) Begriff, Voraussetzungen und Wirkung der Gesamtzusage	29
c) Zur Begründung eines Anspruchs des B auf Zahlung eines Essensgeldzuschusses i. H. v. EUR 2,50 durch Gesamtzusage	30
3. Ergebnis	30
II. Anspruch auf Zahlung eines Essensgeldzuschusses i. H. v. EUR 2,50 aus § 611a BGB i. V. m. betrieblicher Übung	31
1. Ausgangspunkt	31
2. Arbeitsverhältnis zwischen B und der H-GmbH	31
3. Entstehung einer betrieblichen Übung über die Gewährung eines Essensgeldzuschusses	31
a) Begriff, Voraussetzungen und Wirkung der betrieblichen Übung	31
b) Zur Begründung eines Anspruchs des B auf Zahlung eines Essensgeldzuschusses i. H. v. EUR 2,50 aufgrund betrieblicher Übung	33
aa) Entstehung der betrieblichen Übung	33
(1) Vorliegen eines gleichförmigen und wiederholten Verhaltens der H-GmbH	33
(2) Schützenswertes Vertrauen der begünstigten Arbeitnehmer in die Begründung eines Anspruchs auf den Essensgeldzuschuss	33

(3) Bestehen der betrieblichen Praxis der Zahlung des Essensgeldzuschusses über eine für die Entstehung einer betrieblichen Übung maßgebliche Dauer	34
(4) Fehlen von Hinderungsgründen für die Entstehung einer betrieblichen Übung	34
bb) Erfüllung der Voraussetzungen für einen Anspruch des B auf den Essensgeldzuschuss aus betrieblicher Übung	35
c) Ergebnis	36
4. Ablösung des vertraglichen Anspruchs des B aus § 611a BGB i. V. m. betrieblicher Übung nach Maßgabe des IB-EGZ durch die BV-EGZ	36
a) Ablösung nach den Grundsätzen des sog. kollektiven Günstigkeitsvergleichs	36
aa) Ausgangspunkt	36
bb) Grundsätze des kollektiven Günstigkeitsvergleichs	36
cc) Nichtvorliegen der Voraussetzungen des kollektiven Günstigkeitsvergleichs im vorliegenden Fall	38
b) Ablösung aufgrund Vereinbarung der Betriebsvereinbarungsoffenheit der betrieblichen Übung	38
aa) Ausgangspunkt	38
bb) Anforderungen an die Vereinbarung der Betriebsvereinbarungsoffenheit vertraglicher Regelungen	39
cc) Ablösung des Anspruchs des B aus § 611a BGB i. V. m. betrieblicher Übung durch die BV-EGZ	40
c) Ergebnis	40
Fall 4	41
Sachverhalt Fall 4	41
Prüfungsaufbau Fall 4	43
Lösung Fall 4	43
A. Zulässigkeit der Anträge	43
I. Rechtswegzuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	43
II. Richtige Verfahrensart	44
III. Sachliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts	44
IV. Örtliche Zuständigkeit	44
V. Beteiligten-, Prozess- und Postulationsfähigkeit	45
VI. Ordnungsgemäße Antragstellung	45
1. Hauptantrag	46
2. Hilfsantrag	46
3. Zwischenergebnis	46
VII. Antragsbefugnis	46
1. Hauptantrag	46
2. Hilfsantrag	46
3. Zwischenergebnis	46
VIII. Feststellungsinteresse für den Hauptantrag	47
IX. Rechtsschutzbedürfnis für den Hilfsantrag	47
X. Zwischenergebnis	48

Inhaltsverzeichnis

B.	Begründetheit des Feststellungsantrags	48
I.	Vorliegen einer mitbestimmungspflichtigen Maßnahme	48
II.	Ordnungsgemäße Unterrichtung des Betriebsrats	50
III.	Zustimmungsverweigerung durch den Betriebsrat	50
1.	Einhaltung der Wochenfrist	50
2.	Einhaltung der Form	51
3.	Inhaltliche Anforderungen an die Verweigerungserklärung	52
IV.	Ergebnis	53
C.	Endergebnis	53
Unterabschnitt II: Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht		55
Fall 5		57
Sachverhalt Fall 5		57
Prüfungsaufbau Fall 5		58
Lösung Fall 5		58
A.	Anspruch des K gegen H auf einen Stundenlohn i. H. v. EUR 14,00	58
I.	Arbeitsvertrag	58
II.	Wirksamer Tarifvertrag	58
III.	Normative Wirkung des Tarifvertrags	58
IV.	Wegfall der normativen Wirkung	59
1.	Ausschluss des Arbeitgebers H aus dem Verband	59
2.	Einführung einer arbeitsvertraglichen Einheitsregelung während der Fortgeltung des Tarifvertrags	60
a)	Vereinbarung zwischen K und H über eine Reduzierung des Stundenlohns	60
b)	Günstigkeitsprinzip nach § 4 Abs. 3 TVG	60
aa)	Rechtsprechung des BAG	61
bb)	Kritik an der Rechtsprechung	62
cc)	Andere Lösungsansätze in der Literatur	63
(1)	Einzelvergleich	63
(2)	Gesamtvergleich	63
c)	Zwischenergebnis	64
3.	Beendigung des Entgelt-TV	64
a)	Wirksame Beendigung des Tarifvertrags durch Kündigung	64
b)	Nachwirkung nach § 4 Abs. 5 TVG.	64
aa)	Voraussetzungen der Nachwirkung	64
bb)	„Andere Abmachung“ i. S. v. § 4 Abs. 5 TVG	65
(1)	Ablösung durch die arbeitsvertragliche Einheitsregelung	65
(2)	Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag	66
B.	Ergebnis	68
Fall 6		69
Sachverhalt Fall 6		69
Prüfungsaufbau Fall 6		70
Lösung Fall 6		70
A.	Anspruch aus dem Entgelt-TV 2024 i. V. m. § 4 Abs. 1 Satz 1 TVG, dem Arbeitsvertrag und § 611a Abs. 2 BGB.	70

I.	Arbeitsverhältnis	70
II.	Wirksamer Entgelt-TV 2024	70
III.	Unmittelbare und zwingende Wirkung des Entgelt-TV 2024	71
B.	Anspruch aus § 611a Abs. 2 BGB i. V. m. dem Entgelt-TV 2024 aufgrund ausdrücklicher einzelvertraglicher Inbezugnahme	71
C.	Anspruch aus § 611a Abs. 2 BGB i. V. m. dem aufgrund betrieblicher Übung in Bezug genommenem Entgelt-TV 2024	73
I.	Arbeitsverhältnis zwischen D und Y	73
II.	Betriebliche Übung	73
1.	Begriff und dogmatische Einordnung	73
a)	Vertragstheorie	73
b)	Vertrauenshaftungstheorie	74
2.	Inbezugnahme eines Tarifvertrags als möglicher Gegenstand einer betrieblichen Übung	74
3.	Vorliegen der Voraussetzungen einer betrieblichen Übung	74
a)	Freiwilliges, gleichförmiges, wiederholtes und vorbehaltloses Verhalten der Y-AG gegenüber den Arbeitnehmern	75
b)	Schutzwürdiges Vertrauen der Arbeitnehmer auf Anwendung der künftigen tariflichen Lohnerhöhungen	75
III.	Zwischenergebnis	78
D.	Ergebnis	78
Fall 7.		79
Sachverhalt Fall 7.		79
Prüfungsaufbau Fall 7		81
Lösung Fall 7		81
A.	Arbeitsverhältnis	81
B.	Normative Wirkung des Schutz-TV	81
C.	Vorliegen der Voraussetzungen des § 7 Schutz-TV	82
I.	Voraussetzungen nach § 7 Ziff. 2 Schutz-TV	82
II.	Kein Ausschluss nach § 7 Ziff. 7 Schutz-TV	82
1.	Auslegung von § 7 Ziff. 7 Schutz-TV	83
2.	Ergänzende Auslegung von § 7 Ziff. 7 Schutz-TV	84
a)	Grundsätze für die ergänzende Auslegung von Tarifverträgen	84
b)	Anwendung auf den Fall	85
aa)	Nachträgliche Lückenhaftigkeit	85
bb)	Mutmaßlicher Wille der Tarifvertragsparteien	86
(1)	Vergleichbarkeit der Abfindung nach § 1a KSchG mit einem Abfindungsvergleich	86
(2)	Telos der Ausschlussregelung	87
cc)	Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG	87
D.	Ergebnis	87
Fall 8.		89
Sachverhalt Fall 8.		89
Prüfungsaufbau Fall 8		91
Lösung Fall 8		91

Inhaltsverzeichnis

A.	Teil 1	91
I.	Zulässigkeit	92
	1. Rechtswegzuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	92
	2. Sachliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts	92
	3. Örtliche Zuständigkeit	92
	4. Verfahrensart	93
	5. Parteifähigkeit	93
	6. Prozessfähigkeit	94
	7. Ordnungsgemäße Klageerhebung	95
	8. Besonderes Feststellungsinteresse	95
	9. Zwischenergebnis	96
II.	Begründetheit der Klage	96
	1. Zur Frage der Wirksamkeit von § 1 TV-EB	96
	a) Rechtsnormcharakter	96
	b) Verstoß gegen höherrangiges Recht	97
	aa) Bestimmtheitserfordernis	97
	bb) Schriftformgebot	97
	cc) Negative Koalitionsfreiheit der nicht organisierten Arbeitnehmer	97
	dd) Positive Koalitionsfreiheit der anders organisierten Arbeitnehmer	99
	c) Zwischenergebnis	99
	2. Zur Frage der Wirksamkeit von § 5 TV-EB	99
	a) Rechtsnormcharakter	99
	b) Verstoß gegen höherrangiges Recht	100
	aa) Bestimmtheitserfordernis	100
	bb) Schriftform	100
	cc) Überschreitung der Tariftmacht	100
	c) Zwischenergebnis	102
	3. Folgen der Unwirksamkeit	102
III.	Ergebnis	102
B.	Teil 2	102
I.	Arbeitsverhältnis	102
II.	Wirksames Zustandekommen des Tarifvertrags	103
III.	Wirksamkeit von § 1 TV-EB	103
IV.	Normative Wirkung des TV-EB	103
	1. Tarifbindung der Arbeitsvertragsparteien	103
	a) Tarifbindung der H-GmbH	103
	b) Tarifbindung des A	104
	2. Geltungsbereich des TV-EB	104
	3. Ergebnis	104
	Fall 9	105
	Sachverhalt Fall 9	105
	Prüfungsaufbau Fall 9	106
	Lösung Fall 9	107
A.	Anspruch auf Lohnzahlung für den 24. Mai 2021 bezogen auf den Zeitraum des halbstündigen Warnstreiks	107

I.	Anspruch aus § 611a Abs. 2 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag	107
1.	Entstehung des Lohnanspruchs	107
2.	Untergang des Lohnanspruchs	107
3.	Ergebnis	108
II.	Aufrechterhaltung des Lohnanspruchs nach §§ 615 Satz 1, 611a Abs. 2 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag	108
1.	Voraussetzungen des Annahmeverzugs	108
a)	Erfüllbare Schuld der B	108
aa)	Rechtmäßigkeit des Warnstreiks	109
(1)	Führung durch zuständige Tarifvertragsparteien	109
(2)	Kampfziel: zulässige Tarifregelung	110
(3)	Vereinbarkeit der Kampfführung mit zwingendem Recht	110
(4)	Friedenspflicht	110
(5)	Wahrung der Kampfparität	111
(6)	Verhältnismäßigkeit	112
(7)	Zwischenergebnis	113
bb)	Erklärung der Streikbeteiligung durch B.	113
b)	Zwischenergebnis	114
2.	Ergebnis	114
III.	Aufrechterhaltung des Lohnanspruchs durch §§ 615 Satz 3, Satz 1, 611a Abs. 2 BGB i. V. m. dem Arbeitsvertrag	114
B.	Anspruch auf die „Treueprämie“	114
I.	Gesamtzusage	114
II.	Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	115
1.	Begriff	115
2.	Vorliegen der Voraussetzungen des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes	115
a)	Ungleichbehandlung der B.	115
b)	Sachliche Rechtfertigung	115
aa)	Abgrenzung zur Streikbruchprämie	116
bb)	Maßregelungsverbot, § 612a BGB	116
III.	Ergebnis	116
Unterabschnitt III: Sozialrecht		119
Fall 10		121
Sachverhalt Fall 10		121
Prüfungsaufbau Fall 10		123
Lösung Fall 10		123
I.	Ausgangspunkt	123
II.	Ermächtigungsgrundlage	124
III.	Formelle Rechtmäßigkeit	124
1.	Zuständigkeit	124
2.	Verfahren	124
a)	Ornungsgemäße Einleitung des Verfahrens	124
aa)	Antragstellung	125
bb)	Kein Ausschluss	126

Inhaltsverzeichnis

b)	Ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens	127
3.	Entscheidung der DRV Bund durch Verwaltungsakt	128
a)	Erlass eines Verwaltungsakts	128
b)	Bestimmtheit des Verwaltungsakts	128
c)	Form des Verwaltungsakts	128
d)	Wirksamkeit des Verwaltungsakts	129
4.	Zwischenergebnis	129
IV.	Materielle Rechtmäßigkeit	129
1.	Ausgangspunkt	129
2.	Prüfung des Erwerbsstatus des X.	129
a)	Skizzierung der Grundsätze der Rspr. des BSG zur Abgrenzung zwischen Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit	129
aa)	Begriff der Beschäftigung	129
bb)	Begriff der selbstständigen Tätigkeit	131
cc)	Vorgaben für die Statusbeurteilung	132
(1)	Notwendigkeit einer einzelfallbezogenen Abwägungsentscheidung	132
(2)	Grundlagen der Statusbeurteilung: Vereinbarungen der Beteiligten und „gelebte Praxis“	133
(a)	Ausgangspunkt: Feststellung des Inhalts der vertraglichen Vereinbarungen	133
(b)	Zum Vorrang der „gelebten Praxis“ bei Divergenzen zwischen Vertragsdurchführung und Vereinbarung	133
b)	Einordnung der Tätigkeit des X.	133
aa)	Ausgangspunkt	133
bb)	Gewichtige Gründe für das Vorliegen einer Beschäftigung	134
cc)	Fehlen von Anhaltspunkten für eine selbstständige Tätigkeit	135
dd)	Keine ausschlaggebende Bedeutung des entgegenstehenden Parteiwillens	136
3.	Zwischenergebnis	137
V.	Ergebnis	137
Fall 11		139
Sachverhalt Fall 11		139
Prüfungsaufbau Fall 11		140
Lösung Fall 11		140
A.	Hat der K ab dem 1. April 2026 einen Anspruch auf Arbeitslosengeld dem Grunde nach?	140
I.	Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld	140
1.	Überblick über die materiell-rechtlichen Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld	140
2.	Prüfung des Vorliegens der materiell-rechtlichen Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld	141
a)	Arbeitslosigkeit	141
aa)	Ausgangspunkt	141

bb) Beschäftigungslosigkeit	141
cc) Eigenbemühungen	143
dd) Verfügbarkeit	143
b) Arbeitslosmeldung	143
c) Erfüllung der Anwartschaftszeit	144
d) Zwischenergebnis	145
II. Rechtsfolgen	145
III. Ergebnis	146
B. Ruhen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld aufgrund einer Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe	146
I. Voraussetzungen der Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe	146
1. Überblick über die Voraussetzungen der Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe nach § 159 Abs. 1 Sätze 1, 2 Nr. 1, 1. Var. SGB III	146
2. Prüfung der Voraussetzungen der Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe nach § 159 Abs. 1 Sätze 1, 2 Nr. 1, 1. Var. SGB III	147
a) Versicherungswidriges Verhalten	147
aa) Lösung des Beschäftigungsverhältnisses	147
bb) Kausalität zwischen der Lösung des Beschäftigungsverhältnisses und dem Eintritt der Arbeitslosigkeit	148
cc) Vorsätzliche oder grob fahrlässige Herbeiführung der Arbeitslosigkeit	148
b) Fehlen eines wichtigen Grundes	149
II. Ergebnis	151
Fall 12	152
Sachverhalt Fall 12	152
Prüfungsaufbau Fall 12	153
Lösung Fall 12	153
A. Zulässigkeit des Widerspruchs	153
I. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	153
II. Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	154
1. Eröffnung des Sozialrechtswegs	154
a) Rechtliche Grundlagen für die Bestimmung des Rechtswegs	154
b) Voraussetzungen für die Eröffnung des Sozialrechtswegs	154
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	154
bb) Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	155
cc) Abdrängende Sonderzuweisung	155
c) Zwischenergebnis	156
2. Statthaftigkeit des Widerspruchs	156
a) Zusammenhang zwischen der Statthaftigkeit des Widerspruchs und der Erforderlichkeit eines Vorverfahrens vor Erhebung der in Betracht kommenden Klageart	156
b) Prüfung der in Betracht kommenden Klageart	156
aa) Anfechtungsklage	156

Inhaltsverzeichnis

bb) Verpflichtungsklage	157
cc) Unechte Leistungsklage	157
c) Zwischenergebnis	158
3. Widerspruchsbefugnis des X.	158
4. Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit des X	159
5. Frist, Form und Adressat des Widerspruchs	159
III. Zwischenergebnis	160
B. Begründetheit des Widerspruchs	160
I. Überblick über die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente wegen voller Erwerbsminderung . .	160
II. Prüfung der materiell-rechtlichen Voraussetzungen	160
1. Versichertenstatus des X.	160
2. Vorliegen einer vollen Erwerbsminderung	161
3. Erfüllung der sog. Drei-Fünftel-Belegung.	161
4. Erfüllung der allgemeinen Wartezeit	162
5. Kein Ausschluss des Anspruchs auf Rente wegen voller Er- werbsminderung wegen Erreichens der Regelaltersgrenze . .	163
III. Zwischenergebnis	163
C. Ergebnis.	163
Fall 13	164
Sachverhalt Fall 13.	164
Prüfungsaufbau Fall 13.	166
Lösung Fall 13.	168
Teil 1	168
A. Versicherungspflicht des J in der gesetzlichen Rentenversicherung auf- grund der Tätigkeit bei der A-Partnerschaft	168
I. Versicherungspflicht aufgrund Beschäftigung gegen Arbeitsent- gelt nach § 1 Satz 1 Nr. 1 Hs. 1 SGB VI.	168
1. Überblick über die Voraussetzungen der Versicherungs- pflicht.	168
2. Prüfung der Voraussetzungen der Versicherungspflicht	168
a) Beschäftigung	168
b) Arbeitsentgelt	168
c) Zwischenergebnis	169
II. Befreiung von der Versicherungspflicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 SGB VI.	169
1. Überblick über die Voraussetzungen der Befreiung von der Versicherungspflicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 SGB VI	169
2. Prüfung der Voraussetzungen über die Befreiung von der Versicherungspflicht gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 SGB VI	169
a) Vorliegen der materiell-rechtlichen Voraussetzungen des Befreiungstatbestands nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	169
aa) Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständischen Versorgungseinrichtung	169

bb)	Pflichtmitgliedschaft in einer berufsständischen Kammer und Angehörigkeit zu einer Berufsgruppe, für die bereits vor dem 1. Januar 1995 eine Pflichtkammermitgliedschaft bestand	170
cc)	Entrichtung einkommensbezogener Beiträge unter Berücksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze zur berufsständischen Versorgungseinrichtung	170
dd)	Bestimmter Leistungsumfang der berufsständischen Versorgungseinrichtung	170
ee)	Ausübung einer berufsspezifischen Tätigkeit im Kammerberuf	170
ff)	Zwischenergebnis	171
b)	Wirksamer Befreiungsantrag	171
aa)	Überblick über die Voraussetzungen eines wirksamen Befreiungsantrags	171
bb)	Prüfung einer wirksamen Antragstellung durch J.	171
(1)	Antragsberechtigung des J	171
(2)	Formwahrender Zugang des Antrags bei dem gesetzlich bestimmten Adressaten	171
c)	Erteilung der Befreiung und Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Befreiung	172
aa)	Erteilung der Befreiung durch Verwaltungsakt der DRV Bund	172
bb)	Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Befreiung	172
3.	Zwischenergebnis	173
B.	Versicherungspflicht des J in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der Tätigkeit an der Universität Konstanz	173
I.	Versicherungspflicht als selbstständig tätiger Lehrer nach § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	173
1.	Überblick über die Voraussetzungen der Versicherungspflicht	173
2.	Prüfung der Voraussetzungen der Versicherungspflicht	173
a)	Selbstständige Tätigkeit als Lehrer	173
b)	Keine Beschäftigung versicherungspflichtiger Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der selbstständigen Tätigkeit	174
II.	Erstreckung der Befreiung für die Rechtsanwalts-tätigkeit auf die nach § 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI versicherungspflichtige Dozententätigkeit gemäß § 6 Abs. 5 Satz 2 SGB VI	175
1.	Regelungsgehalt des § 6 Abs. 5 Satz 2 SGB VI	175
2.	Anwendbarkeit der Erstreckungsregelung	175
3.	Vorliegen einer Befreiung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	176
4.	Fortbestehen der Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	176
5.	Zeitliche Begrenzung der anderen versicherungspflichtigen Tätigkeit	176
C.	Ergebnis	177
Teil 2		177

Inhaltsverzeichnis

A.	Zulässigkeit der Klage der B-Partnerschaft	177
I.	Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	177
II.	Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	177
1.	Eröffnung des Sozialrechtswegs	177
a)	Rechtliche Grundlagen für die Bestimmung des Rechtswegs	177
b)	Voraussetzungen für die Eröffnung des Sozialrechtswegs	178
aa)	Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	178
bb)	Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	178
cc)	Abdrängende Sonderzuweisung	179
dd)	Zwischenergebnis	179
2.	Richtige Klageart	179
3.	Klagebefugnis	179
4.	Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	180
5.	Klagefrist	180
6.	Ordnungsgemäße Klageerhebung	180
7.	Beteiligten- und Prozessfähigkeit	180
a)	Beteiligten- und Prozessfähigkeit der B-Partnerschaft	180
b)	Beteiligten- und Prozessfähigkeit des Rentenversiche- rungsträgers	181
8.	Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	181
9.	Zwischenergebnis	182
B.	Begründetheit der Klage	182
I.	Ausgangspunkt	182
II.	Rechtmäßigkeit des Nachforderungsbescheids	182
1.	Rechtsgrundlage	182
2.	Formelle Rechtmäßigkeit	182
3.	Materielle Rechtmäßigkeit	183
a)	Überblick über die materiell-rechtlichen Vorausset- zungen für die Inanspruchnahme der B-Partnerschaft	183
b)	Prüfung der materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der B-Partnerschaft	183
aa)	Versicherungspflicht des J aufgrund entgeltlicher Beschäftigung bei der B-Partnerschaft während des Nachforderungszeitraums	183
bb)	Befreiung des J von der Versicherungspflicht wäh- rend des Nachforderungszeitraums	183
(1)	Anknüpfungspunkte für eine Befreiung von der Versicherungspflicht	183
(2)	Befreiung aufgrund Fortwirkung der ur- sprünglich erteilten Befreiung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	184
(3)	Befreiung aufgrund der im März 2025 erteil- ten Befreiung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	184
c)	Umfang der Inanspruchnahme der B-Partnerschaft	185
d)	Zwischenergebnis	185
C.	Ergebnis	185

Fall 14	186
Sachverhalt Fall 14.	186
Prüfungsaufbau Fall 14.	188
Lösung Fall 14.	188
A. Zur Einordnung des Ereignisses vom 22. Juli 2024 als Arbeitsunfall ..	188
I. Überblick über die Voraussetzungen eines Arbeitsunfalls	188
II. Prüfung der Voraussetzungen eines Arbeitsunfalls	189
1. Versicherteneigenschaft des A.	189
2. Ausübung einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit.	189
3. Innerer (bzw. sachlicher) Zusammenhang zwischen dem Weg und der versicherten Tätigkeit.	190
III. Ergebnis	193
B. Anspruch der Berufsgenossenschaft B auf Erstattung geleisteter Heilbehandlungskosten gegen die Krankenkasse K	194
I. Überblick über die Voraussetzungen für den Anspruch der B auf Erstattung der geleisteten Heilbehandlungskosten	194
II. Prüfung der Voraussetzungen	194
1. Erbringung von Sozialleistungen	194
2. Erbringung der Sozialleistungen durch einen Leistungsträger	194
3. Kein Fall des § 102 Abs. 1 SGB X	194
4. Unzuständigkeit des Leistungsträgers	195
a) Rechtliche Grundlagen zur Bestimmung des zuständigen Leistungsträgers	195
b) Vorliegen eines Arbeitsunfalls	195
aa) Überblick über die Voraussetzungen eines Arbeitsunfalls	195
bb) Prüfung der Voraussetzungen eines Arbeitsunfalls	195
(1) Versicherteneigenschaft des K.	195
(2) Ausübung einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit	196
(3) Innerer (bzw. sachlicher) Zusammenhang zwischen dem Weg und der versicherten Tätigkeit	196
(4) Unfallereignis.	198
(5) Unfallkausalität	199
(6) Schaden.	200
(7) Haftungsbegründende Kausalität	200
(8) Zwischenergebnis	200
c) Zwischenergebnis	200
III. Ergebnis	201
Zweiter Abschnitt: Fragen zur Wiederholung und Vertiefung, insbesondere zur Vorbereitung auf eine mündliche Prüfung	203
I. Koalitions-, Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht.	203
1. Was ist eine Koalition im Sinne des Art. 9 Abs. 3 GG? Nennen und Beschreiben Sie die Merkmale des Koalitionsbegriffs.	203
2. Warum beschreibt die h. M. das Grundrecht aus Art. 9 Abs. 3 GG als Doppelgrundrecht?	204

Inhaltsverzeichnis

3.	Bei der individuellen Koalitionsfreiheit wird zwischen positiver und negativer Koalitionsfreiheit unterschieden. Erläutern Sie diese Differenzierung.	205
4.	Welche Wirkung entfaltet das Grundrecht aus Art. 9 Abs. 3 GG im Privatrechtsverkehr?	205
5.	Nach welchem Prinzip ist der überwiegende Anteil der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland organisiert?	206
6.	Was versteht man unter dem Begriff der Tarifautonomie?	206
7.	Wer kann Partei eines Tarifvertrags sein?	206
8.	Beschreiben Sie den Begriff der Tariffähigkeit.	206
9.	Beschreiben Sie den Unterschied zwischen einem Verbandstarifvertrag und einem Haustarifvertrag.	208
10.	Was versteht man unter dem schuldrechtlichen Teil und dem normativen Teil des Tarifvertrags?	208
11.	Was versteht man unter dem Begriff der Tarifkonkurrenz?	208
12.	Erläutern Sie den Begriff der Tarifpluralität.	209
13.	Was bezeichnet man mit der Tarifzuständigkeit einer Gewerkschaft und woraus ergibt sich diese?	209
14.	Die Tarifvertragsparteien haben eine Normsetzungsbefugnis, jedoch kein Normsetzungsmonopol. Erläutern Sie diese Aussage.	210
15.	Erläutern Sie die Bedeutung der unmittelbaren und zwingenden Wirkung von Rechtsnormen des Tarifvertrags.	210
16.	Bleibt ein Arbeitgeber nach dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband an einen Verbandstarifvertrag gebunden?	211
17.	Erläutern Sie den Begriff der Nachwirkung eines Tarifvertrags.	211
18.	Auf welchem Weg können Rechtsnormen eines Tarifvertrags auch für Arbeitnehmer Bedeutung erlangen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind?	212
19.	Erläutern Sie kurz den Zusammenhang zwischen Tarifautonomie und der verfassungsrechtlichen Anerkennung von Arbeitsk Kampfmaßnahmen.	212
20.	Nennen Sie die Anforderungen an die Rechtmäßigkeit eines Streiks.	213
21.	Welche rechtlichen Folgen hat die Teilnahme an einem rechtmäßigen Streik für das Arbeitsverhältnis?	213
II.	Recht der Unternehmensmitbestimmung und Betriebsverfassungsrecht	214
1.	Nennen Sie die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen für die Unternehmensmitbestimmung.	214
2.	Nennen Sie die Merkmale, an welche die Unternehmensmitbestimmung nach den verschiedenen Gesetzen anknüpft.	214
3.	Worin liegen die wesentlichen Unterschiede bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nach dem Drittelbeteiligungsgesetz und dem Mitbestimmungsgesetz?	215
4.	Beschreiben Sie kurz die Begriffe Betrieb und Unternehmen im Sinne des Betriebsverfassungsrechts.	215
5.	Was versteht man unter einem sog. Gemeinschaftsbetrieb i. S. d. BetrVG?	216
6.	Das Gesetz unterscheidet zwischen Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat: Sind diese Vertretungsorgane zwingend zu errichten?	216

7.	Unter welchen Voraussetzungen ist der Gesamtbetriebsrat für die Behandlung von Angelegenheiten originär zuständig?	217
8.	Was versteht man unter der sog. Betriebsversammlung im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes? Welche Aufgabe hat sie?	217
9.	Sind bei der Ermittlung der Zahl der Betriebsratsmitglieder im Entleihbetrieb Leiharbeitnehmer zu berücksichtigen?	218
10.	Erläutern Sie das aktive und passive Wahlrecht nach dem Betriebsverfassungsgesetz unter Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern.	219
11.	In welchen Angelegenheiten des Betriebs bzw. Unternehmens hat der Betriebsrat Beteiligungsrechte?	220
12.	Welche Arten von Beteiligungsrechten des Betriebsrats gibt es?	221
13.	Welche beiden Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes sind für das Verhältnis von Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung maßgeblich?	222
14.	Welches sind die Instrumente der Betriebsparteien zur Regelung betrieblicher Angelegenheiten?	225
15.	Welche Wirkung entfalten Betriebsvereinbarungen in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse?	226
16.	Erläutern Sie den Begriff der teilmitbestimmten Betriebsvereinbarung.	226
17.	Welche rechtliche Folge hat die Verweigerung der Zustimmung durch den Betriebsrat im Falle der geplanten Einstellung eines Arbeitnehmers in Unternehmen mit in der Regel mehr als 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern?	227
18.	Können die Betriebsparteien vereinbaren, die Kündigung von der Zustimmung des Betriebsrats abhängig zu machen?	228
19.	Unter welchen Voraussetzungen ist ein Wirtschaftsausschuss einzurichten und welche Funktion übt er aus?	228
III.	Individualarbeitsrecht	228
1.	Beschreiben Sie den Begriff des Arbeitnehmers.	228
2.	Was versteht man unter einem fehlerhaften Arbeitsverhältnis?	229
3.	Erläutern Sie die Zielsetzungen des Nachweisgesetzes.	232
4.	Hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Beschäftigung im ungekündigten Arbeitsverhältnis?	233
5.	Unter welchen Voraussetzungen kann ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot wirksam vereinbart werden?	234
IV.	Sozialrecht	235
1.	Nennen Sie die verschiedenen Sozialleistungsbereiche.	235
2.	Erläutern Sie den Begriff des Sozialrechts „im formellen Sinne“.	235
3.	Unter welchen Voraussetzungen unterliegen Anwartschaften und Ansprüche auf Leistungen der Sozialversicherung dem verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz nach Art. 14 GG?	236
4.	Begründen Sie die Bedeutung des Begriffs der Beschäftigung für die Sozialversicherung.	236
5.	Beschreiben Sie den Unterschied zwischen dem Begriff der Beschäftigung im versicherungs- und beitragsrechtlichen Sinne und der Beschäftigung im leistungsrechtlichen Sinne.	237
6.	Beschreiben Sie den zweigliedrigen Begriff der Krankheit in der gesetzlichen Krankenversicherung.	238
7.	Beschreiben Sie das Verhältnis zwischen den Ansprüchen auf Entgeltfortzahlung und Krankengeld.	238

Inhaltsverzeichnis

8.	Erläutern Sie das Wirtschaftlichkeitsgebot in der gesetzlichen Krankenversicherung.	239
9.	Welche Funktion haben die Pflegegrade in der sozialen Pflegeversicherung?	240
10.	Wie ist der Versicherungsstatus von geringfügig beschäftigten Personen in der gesetzlichen Rentenversicherung?	240
11.	Was meint der Grundsatz Rehabilitation vor Rente?	241
12.	Welche Altersrenten kennt die gesetzliche Rentenversicherung?	241
13.	Nennen Sie die Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit.	242
14.	Welche rechtliche Folge hat die Verhängung einer Sperrzeit nach § 159 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 SGB III?	243
15.	Welche Verbindung besteht zwischen der gesetzlichen Unfallversicherung und dem privaten Haftungsrecht?	243
16.	Grenzen Sie die Versicherungsfälle des Arbeitsunfalls und der Berufskrankheit voneinander ab.	244
17.	Welche Besonderheiten kennzeichnen die gesetzliche Unfallversicherung im Vergleich zu den anderen Zweigen der Sozialversicherung, insbesondere bezogen auf die Finanzierung?	244
18.	Was versteht man unter dem Nachrangprinzip in der Sozialhilfe?	245
V.	Verfahrensrecht.	245
1.	Welche Rechtsmittel gibt es im arbeitsgerichtlichen Urteils- und Beschlussverfahren?	245
2.	Mit welcher Klage muss ein Arbeitnehmer die Unwirksamkeit der Befristung seines Arbeitsvertrages geltend machen?	247
3.	In welchen Fällen entscheidet der große Senat des Bundesarbeitsgerichts und wie setzt er sich zusammen?	247
4.	Erläutern Sie den Begriff des sog. „Forum Shoppings“ und das dahinterstehende Problem bei arbeitskampfrechtlichen Streitigkeiten.	248
5.	Erläutern Sie die Klageart der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage.	249
6.	Erläutern Sie den Grund, warum bei der Erhebung einer Verpflichtungsklage im sozialgerichtlichen Verfahren häufig auch eine Anfechtungsklage zu erheben ist.	249
	Dritter Abschnitt: Beispiel einer Studien- bzw. Seminararbeit	251
	Sachwortverzeichnis	283

Abkürzungen

Soweit nicht im Text des Buches erklärt, wird für die verwendeten Abkürzungen verwiesen auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 11. Auflage, Berlin 2024.

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Klaus, „Das Günstigkeitsprinzip – neu verstanden“, NJW 1984, S. 26 f.
- Ders., Die Regelungsabrede als die neben der Betriebsvereinbarung zulässige Ausübungsform der Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten, 2. Aufl., 1961 (zit.: Adomeit, Regelungsabrede).
- Altenburg, Stephan/Leister, Thomas, „Der Widerspruch des Arbeitnehmers beim umwandlungsbedingten Betriebsübergang und seine Folgen“, NZA 2005, S. 15–24.
- Anders, Monika/Gehle, Burkhard, Zivilprozessordnung – mit GVG und anderen Nebengesetzen, 83. Aufl., 2025 (zit.: Anders/Gehle/Bearbeiter, ZPO).
- Annuß, Georg, „Der Eingriff in den Arbeitsvertrag durch Betriebsvereinbarung“, NZA 2001, S. 756–763.
- Ante, Johann, „Aktuelle Entscheidungen zur Erforderlichkeit der Teilnahme von Betriebsratsmitgliedern an Schulungsveranstaltungen und damit verbundener Kosten“, NZA-RR 2024, 393–398.
- Arnold, Christian, „Differenzierungsklauseln – Legitimitorisch betrachtet“, Festschrift für Eduard Picker zum 70. Geburtstag am 3. November 2010, hrsg. von Reinhard Richardi, Jan Wilhelm, Thomas Lobinger, 2010, S. 873–888.
- Ascheid, Reiner/Preis, Ulrich/Schmidt, Ingrid/Linck, Rüdiger (Hrsg.), Kündigungsrecht – Großkommentar zum gesamten Recht der Beendigung von Arbeitsverhältnissen, 7. Aufl., 2024 (zit.: APS/Bearbeiter).
- Bachoff, Otto, „Über öffentliches Recht“, Verwaltungsrecht zwischen Freiheit, Teilhabe und Bindung – Festgabe aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bundesverwaltungsgerichts, hrsg. von Otto Bachoff, Ludwig Heigl, Konrad Redeker, 1978, S. 1–22.
- Bauer, Jobst-Hubertus, „Betriebliche Bündnisse für Arbeit vor dem Aus?“, NZA 1999, S. 957–962.
- Becker, Ulrich/Kingreen, Thorsten (Hrsg.), SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung, Kommentar, 9. Aufl., 2024 (zit.: Becker/Kingreen/Bearbeiter, SGB V).
- Beck-online.GROSSKOMMENTAR zum BGB, hrsg. von Beate Gsell, Wolfgang Krüger, Stephan Lorenz, Christoph Reyman, BGB – Bürgerliches Gesetzbuch (zitiert: BeckOGK BGB/Bearbeiter (Stand)).
- beck-online.GROSSKOMMENTAR zum SGB, hrsg. von Christian Rolfs, Anne Körner, Martin Krasney et al., SGB I – Allgemeiner Teil (Kasseler Kommentar), SGB III – Arbeitsförderung (Gagel), SGB IV – Sozialversicherung (Kasseler Kommentar), SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung (Kasseler Kommentar), SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung (Kasseler Kommentar), SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung (Kasseler Kommentar), SGB X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz (Kasseler Kommentar), SGB XI – Soziale Pflegeversicherung (Kasseler Kommentar) (zit.: BeckOGK SozR/Bearbeiter (Stand)).
- beck-online.GROSSKOMMENTAR zum SGG, hrsg. von Elke Roos, Volker Wahrenndorf, Henning Müller, SGG – Sozialgerichtsgesetz (zit.: BeckOGK SGG/Bearbeiter (Stand)).
- Beck'scher Online-Kommentar zum Arbeitsrecht, hrsg. von Christian Rolfs, Richard Giesen, Miriam Meßling, Peter Udsching, Stand 1.12.2025, Edition 78 (zit.: BeckOK ArbR/Bearbeiter).
- Beck'scher Online-Kommentar zum Sozialrecht, hrsg. von Christian Rolfs, Richard Giesen, Miriam Meßling, Peter Udsching, Stand 1.12.2025, Edition 79 (zit.: BeckOK SozR/Bearbeiter).
- Benkel, Jürgen, „Sozialrecht und Sozialgerichtsbarkeit im deutschen Rechtssystem“, NZS 2002, S. 617–620.
- Berchtold, Josef, Krankengeld, Handbuch, 2004 (zit.: Berchtold, Krankengeld).
- Ders., „§ 127 SGB IV und die Versicherungspflicht von Lehrern – Zu den rechtspolitischen Folgen des sog. Herrenberg-Urteils des BSG“, ASR 2025, 111–115.
- Bethge, Herbert, „Das Phantom der doppelten Verfassungsunmittelbarkeit“, JuS 2001, S. 1100–1102.
- Biedenkopf, Kurt, Grenzen der Tarifautonomie, 1964 (zit.: Biedenkopf, Grenzen der Tarifautonomie).
- Bieder, Marcus, „Dynamisierung außer- und übertariflicher Entgeltbestandteile durch betriebliche Übung“, RdA 2019, 377–381.
- Biedermann, Anna Kristin, „(K)ein freier Markt für Gewerkschaften – Entspricht das Kriterium der sozialen Mächtigkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)?“, EuZA 2025, 123–141.
- Blomeyer, Wolfgang, „Die «ablösende Betriebsvereinbarung» im Meinungsstreit“, NZA 1985, S. 641–647.

- Ders., „Kündigung und Neuabschluß einer Betriebsvereinbarung über technische teilmitbestimmungspflichtige Sozialleistungen“, DB 1985, S. 2506–2510.
- Boecken, Winfried, „Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung – Zugehörigkeit zu einer berufsständischen Versorgung – Anrechnung von Kindererziehungszeiten“, SGB 1999, S. 574–576.
- Ders., „Rentenreform 2000 – Anlass zur Diskussion über die Befreiung angestellter Freiberufler von der gesetzlichen Rentenversicherung“, NZS 2000, S. 121 f.
- Ders., „Zur Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung für Mitglieder ärztlicher Versorgungswerke nach Inkrafttreten der Rentenreform 1992“, ArztR 1991, Beilage Heft 10.
- Ders., BGB – Allgemeiner Teil, 3. Aufl., 2019 (zit.: Boecken, BGB-AT).
- Ders., Unternehmensumwandlungen und Arbeitsrecht, 1996 (zit.: Boecken, Unternehmensumwandlungen und Arbeitsrecht).
- Ders., „Rechtliche Folgen im Zusammenhang mit einer Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe (Lösungstatbestand)“, SGB 2020, 713–723.
- Ders., „Zur Anwendbarkeit von § 141 Abs. 1 Satz 3 SGB III bei Ausübung des Bestimmungsrechts nach § 137 Abs. 2, 2. Alt. SGB II“, SGB 2025, 452–456.
- Ders., „Zum zeitlichen Anwendungsbereich der „Übergangsregelung für Lehrtätigkeiten nach § 127 SGB IV“, ASR 2025, 183–186.
- Boecken, Winfried/Joussen, Jacob, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Handkommentar, 7. Aufl., 2024 (zit.: Boecken/Joussen/Bearbeiter, TzBfG).
- Borbo, Christopher, „Zum maßgeblichen Zeitpunkt für das Eingreifen des Bestandsschutzes nach § 323 Abs. 1 UmwG“, RdA 2022, S. 159–163.
- Brand, Jürgen, Sozialgesetzbuch Arbeitsförderung: SGB III, Kommentar, 9. Aufl., 2021 (zit.: Brand/Bearbeiter, SGB III).
- Brock, Martin, „Herrenberg und die Folgen – die Umsetzung der neuen Rechtsprechung des BSG zur Selbstständigkeit von Lehrkräften und die Übergangsregelung in § 127 SGB IV“, öAT 2025, 67–70.
- Brors, Christiane, „«Leiharbeitnehmer wählen ohne zu zählen» – eine kurzlebige Entscheidung“, NZA 2003, S. 1380–1383.
- Brose, Wiebke, „Die betriebsverfassungsrechtliche Stellung von Leiharbeitnehmern nach den Änderungen des AÜG“, NZA 2005, S. 797–800.
- Dies., „Haftung und Risiken nach den arbeitsrechtlichen Grundsätzen und dem SGB VII“, RdA 2011, S. 205–221.
- Brox, Hans/Rüthers, Bernd, Arbeitskampfrecht, 2. Aufl., 1982 (zit.: Brox/Rüthers/Bearbeiter, Arbeitskampfrecht).
- Brox, Hans/Rüthers, Bernd/Henssler, Martin, Arbeitsrecht, 20. Aufl., 2020 (zit.: Brox/Rüthers/Henssler, Arbeitsrecht).
- Bruckdorfer, Sophia/Bögle, Benedikt, „Vertragsgestaltung für Honorarkräfte nach dem Herrenberg-Urteil“, NZA-RR 2025, 353–362.
- Buchner, Herbert, „Der Unterlassungsanspruch der Gewerkschaft – Stabilisierung oder Ende des Verbandstarifvertrages? – Zum Beschluß des BAG vom 20.4.1999 – 1 ABR 72/98“, NZA 1999, S. 897–902.
- Buchner, Herbert, „Die tarifrechtliche Situation bei Verbandsaustritt und bei Auflösung eines Arbeitgeberverbandes“, RdA 1997, S. 259–267.
- Buhr, Laura, „Nach über einem Jahr Pandemie: Gesetzgeber regelt Unfallversicherungsschutz im Homeoffice“, NZS 2021, 825–827.
- Bündebender, Ulrich/Bachert, Patric/Humbert, Doreen, „Hinweise für das Verfassen von Seminararbeiten“, JuS 2002, S. 24–27.
- Byrd, B. Sharon/Lehmann, Matthias, Zitierfibel für Juristen, 2. Aufl. 2016 (zit.: Byrd/Lehmann, Zitierfibel für Juristen).
- Canaris, Claus-Wilhelm, „Atypische faktische Arbeitsverhältnisse“, BB 1967, S. 165–170.
- Ders., Die Vertrauenshaftung im deutschen Privatrecht, 1971 (zit.: Canaris, Die Vertrauenshaftung im deutschen Privatrecht).
- Ders., „Grundrechte und Privatrecht“, in AcP 184 (1984), S. 201–246.
- Cirsovius, Thomas, „Schwerbehinderung und Erwerbsminderung – Parallelen und Unterschiede“, SRa 2017, 170–175.
- Clemenz, Susanne/Kreft, Burghard/Krause, Rüdiger, AGB-Arbeitsrecht, 3. Aufl. 2023 (zit.: Clemenz/Kreft/Krause/Bearbeiter).

Literaturverzeichnis

- Commandeur, Gert*, „Individualrechtliche Probleme des Widerspruchs des Arbeitnehmers beim Betriebsübergang“, NJW 1996, S. 2537–2546.
- Creutzfeldt, Malte*, „Die konkludente Vereinbarung einer „Betriebsvereinbarungsoffenheit von Arbeitsverträgen“, NZA 2018, 1111–1120.
- Däubler, Wolfgang*, „Die veränderte Betriebsverfassung – Erste Anwendungsprobleme“, AuR 2001, S. 285–291.
- Ders.*, „Tarifliche Leistungen nur für Gewerkschaftsmitglieder?“, BB 2002, S. 1643–1648.
- Ders.*, „Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Betriebsvereinbarung? – Rechtsgutachten für den Vorstand der IG Metal“, AuR 1984, S. 1–28.
- Ders. (Hrsg.)*, Arbeitskampfrecht – Handbuch für die Rechtspraxis, 4. Aufl., 2018 (zit.: Däubler/Bearbeiter, Arbeitskampfrecht).
- Ders. (Hrsg.)*, Tarifvertragsgesetz – mit Arbeitnehmer-Entsendegesetz, 5. Aufl., 2022 (zit.: Däubler/Bearbeiter, TVG).
- Däubler, Wolfgang/Heuschmid, Johannes*, „Tarifverträge nur für Gewerkschaftsmitglieder?“, RdA 2013, S. 1–9.
- Dankelmann, Helmut*, „Befreiung von der Rentenversicherungspflicht nur bei berufsgruppenspezifischer Tätigkeit – Anmerkung zu LSG Stuttgart 11. Senat, Urteil vom 1.3.2011, L 11 R 4872/09“, jurisPR-SozR 4/2012 Anm. 3.
- Deinert, Olaf*, „Zur Tariffähigkeit einer Arbeitnehmerkoalition“, AuR 2004, S. 212–217.
- Detterbeck, Steffen*, Allgemeines Verwaltungsrecht – mit Verwaltungsprozessrecht, 22. Aufl., 2024 (zit.: Detterbeck, VerwR-AT).
- Diepenbrock, Thorsten/Plambeck, Ruben*, „Das neue Statusfeststellungsverfahren nach § 7a SGB IV“, NZS 2021, 865–870.
- Dietlein, Georg/Klönfaß, Sam*, „Der Nachweis des Zugangs einer E-Mail“, NJW 2025, 1539–1541.
- Dornbusch, Gregor/Krumbiegel, Markus/Löwisch, Manfred (Hrsg.)*, AR – Kommentar zum gesamten Arbeitsrecht, 10. Aufl., 2021 (zit.: AR/Bearbeiter).
- Dürig, Günter*, „Grundrechte und Zivilrechtsprechung“, vom Bonner Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung – Festschrift zum 75. Geburtstag von Hans Nawiasky, hrsg. von Theodor Maunz, 1956, S. 157–190.
- Dürig, Günter/Herzog, Roman/Scholz, Roman*, Grundgesetz, Kommentar, Loseblatt, 106. EL, Stand Oktober 2024 (zit.: Dürig/Herzog/Scholz/Bearbeiter, GG).
- Dütz, Wilhelm/Thüsing, Gregor*, Arbeitsrecht, 29. Aufl., 2024 (zit.: Dütz/Thüsing, Arbeitsrecht).
- Düwell, Franz Josef/Lipke, Gert-Albert (Hrsg.)*, ArbGG – Arbeitsgerichtsgesetz, Kommentar zum gesamten Arbeitsverfahrensrecht, 6. Aufl., 2025 (zit.: Düwell/Lipke/Bearbeiter, ArbGG).
- Düwell, Franz Josef*, „Änderungen des Umwandlungsgesetzes“, jurisPK-ArbR 39/2022 Anm. 1.
- Ebenroth/Boujong*, Handelsgesetzbuch, hrsg. von Detlev Joost, Lutz Stroh, Dörte Poelzig, Volker Sander, Band 1, §§ 1–342e HGB, 5. Aufl., 2024 (zit.: Ebenroth/Boujong/Bearbeiter, HGB).
- Ehmer, Matthias/Knaier, Ralf*, „Dogmatik der Herausforderungsfälle zwischen Aufwendung und Schaden“, ZfPW 2022, 81–104.
- Engelbrecht, Andreas*, „Der Wegeunfall“, DAR 2017, 617–622.
- Engesser Means, Nicole/Klebeck, Ulf*, „Sperrzeit durch Widerspruch bei Betriebsübergang“, NZA 2008, S. 143–147.
- Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht*, hrsg. von Rudi Müller-Glöge, Ulrich Preis, Inken Gallner, Ingrid Schmidt, 25. Aufl., 2025 (zit.: ErfK/Bearbeiter).
- Erman BGB*, hrsg. von Harm Peter Westermann, Barbara Grunewald, Georg Maier-Reimer, 17. Aufl. 2023 (zitiert: Erman/Bearbeiter).
- Fichte, Wolfgang/Jüttner, Andreas (Hrsg.)*, SGG – Sozialgerichtsgesetz, Kommentar, 3. Aufl., 2020 (zit.: Fichte/Jüttner/Bearbeiter, SGG).
- Fischer, Ulrich*, „Gerichtswahl in eilbedürftigen Arbeitskampsachen“, FA 2008, S. 2–4.
- Fitting, Karl/Trebing, Yvonne/Linsenmaier, Wolfgang/Scholz, Hanna/Schmidt, Kristina*, Betriebsverfassungsgesetz: BetrVG, Handkommentar, 32. Aufl., 2024 (zit.: Fitting, BetrVG).
- Flume, Werner*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Band 1: Die Juristische Person, 2. Halbband, 1983, Band 2: Das Rechtsgeschäft, 3. Aufl., 1979 (zit.: Flume, BGB-AT).
- Fuchs, Maximilian/Preis, Ulrich/Brose, Wiebke*, Sozialversicherungsrecht und SGB II – Lehrbuch für Studium und Praxis, 3. Aufl., 2021 (zit.: FPB/Bearbeiter, Sozialversicherungsrecht).
- Fuhrott, Michael*, „Der Schmerzensgeldausschluss durch die Unfallversicherung – Verfassungswidriger Zustand oder gerechtfertigte Ungleichbehandlung“, NZS 2007, S. 237–242.
- Gamillscheg, Franz*, Kollektives Arbeitsrecht, Band 1 – Grundlagen, Koalitionsfreiheit, Tarifvertrag, Arbeitskampf und Schlichtung, 1997, Band 2 – Betriebsverfassung, 2008 (zit.: Gamillscheg, Kollektives Arbeitsrecht, Bd.).

- Geiger, Udo, „Mögliche Auswirkungen der Übergangsregelung zum sozialversicherungsrechtlichen Status von Lehrkräften (§ 127 SGB IV) auf die Arbeitslosenversicherung“, *info* also 2025, 155–158.
- Gelhausen, Reinhard/Weiner, Bernhard, SGB XIV – Soziales Entschädigungsrecht mit Versorgungsmedizinverordnung (VersMedV), Kommentar, 8. Aufl. 2024 (zit.: Gelhausen/Weiner/Bearbeiter).
- Germelmann, Claas-Hinrich/Matthes, Hans-Christoph/Prütting, Hanns, Arbeitsgerichtsgesetz, Kommentar, 10. Aufl., 2022 (zit.: Germelmann/Bearbeiter, ArbGG).
- Gemeinschaftskommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, bearb. von Günther Wiese, Peter Kreutz, Hartmut Oetker et al., 12. Aufl., 2022 (zit.: GK-BetrVG/Bearbeiter).
- Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz, und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften (KR), bearb. von Bettina Bubach, Inken Gallner, Ronny Heinkel et al., 14. Aufl., 2025 (zit.: KR/Bearbeiter).
- Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung, hrsg. von Franz Ruland, Sylvia Dünn, Loseblatt, 300. EL, Stand März 2025 (zit.: GK-SGB VI/Bearbeiter).
- Gießen, Richard, „Gegnerabhängige GDL“, *NZA* 2024, S. 25–28.
- Gooren, Paul, „Tarifeinheit und Tarifkollision (§ 4a TVG) in der Praxis“, *NZA* 2022, 444–452.
- Greiner, Stefan, „Differenzierungsklauseln im Kontext von Koalitionsmittelfreiheit und Gewerkschaftspluralismus“, *DB* 2009, S. 398–402.
- Grube, Christian/Wahrendorf, Volker/Flint, Thomas, SGB XII – Sozialhilfe mit Eingliederungshilfe (SGB IX Teil 2) und Asylbewerberleistungsgesetz, 8. Aufl., 2024 (zit.: Grube/Wahrendorf/Flint/Bearbeiter).
- Grüneberg, Christian, Bürgerliches Gesetzbuch, bearb. von Jürgen Ellenberger, Isabell Götz, Christian Grüneberg et al., 84. Aufl. 2025 (zit.: Grüneberg/Bearbeiter).
- Grunsky, Wolfgang/Waas, Bernd/Benecke, Martina/Greiner, Stefan, Arbeitsgerichtsgesetz, Kommentar, 8. Aufl., 2014 (zit.: Grunsky/Bearbeiter, Arbeitsgerichtsgesetz).
- Guckenmus, Charlotte, „Befreiung von der Versicherungspflicht 2.0: Der elektronische Befreiungsantrag“, *ASR* 2023, 12–19.
- Görzel, Volker/Schalla, Chantal, „Das arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren“, *BRuR* 2022, 381–383.
- Hablitzel, Hans, „Das Verhältnis von Tarif- und Betriebsautonomie im Lichte des Subsidiaritätsprinzips“, *NZA* 2001, S. 467–472.
- Hanau, Peter, „Der Tarifvertrag in der Krise“, *RdA* 1998, S. 65–71.
- Ders., „Objektive Elemente im Tatbestand der Willenserklärung – Ein Beitrag zur Kritik der «stillschweigenden und schlüssigen Willenserklärung»,“, *AcP* 165 (1965), S. 220–284.
- Ders., „Verbands-, Tarif- und Gerichtspluralismus“, *NZA* 2003, S. 128–132.
- Hanau, Peter/Adomeit, Klaus, Arbeitsrecht, 14. Aufl., 2007 (zit.: Hanau/Adomeit, Arbeitsrecht).
- Hanau, Peter/Preis, Ulrich, „Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen“, *NZA* 1991, S. 81–93.
- Handkommentar Bürgerliches Gesetzbuch, hrsg. v. Reiner Schulze, Heinrich Dörner, Ina Ebert, et al., 12. Aufl., 2024 (zitiert: HK-BGB/Bearbeiter).
- Hartmann, Felix/Lobinger, Thomas, „Die Arbeits- und Wettbewerbsfreiheit als Grenze tarifvertraglicher Vorteilsregelungen“, *NZA* 2010, S. 421–427.
- Hauck, Karl (†)/Noftz, Wolfgang, Sozialgesetzbuch (SGB) IV – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung, Loseblatt, Stand EL 2/24 (zit.: Hauck/Noftz/Bearbeiter, SGB IV).
- Dies., Sozialgesetzbuch (SGB) V – Gesetzliche Krankenversicherung, Loseblatt, Stand EL 10/24 (zit.: Hauck/Noftz/Bearbeiter, SGB V).
- Dies., Sozialgesetzbuch (SGB) VI – Gesetzliche Rentenversicherung, Loseblatt, Stand EL 3/24 (zit.: Hauck/Noftz/Bearbeiter, SGB VI).
- Haupt, Günter, „Über faktische Vertragsverhältnisse“, *Festschrift der Leipziger Juristenfakultät für Heinrich Söber* zum 10. April 1940, Band 2, 1943, S. 1–37.
- Heinz, Andreas/Schmidt-De Caluwe, Reimund/Scholz, Bernhard/Joachim (Hrsg.), Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung Großkommentar, 7. Aufl., 2021 (zit.: Heinz/Schmidt-De Caluwe/Scholz/Bearbeiter, SGB III).
- Heinze, Meinhard, „Tarifautonomie und sogenanntes Günstigkeitsprinzip“, *NZA* 1991, S. 329–326.
- Hennig, Werner, Sozialgerichtsgesetz (SGG), Loseblatt, 58. EL, Stand Dezember 2024 (zit.: Hennig/Bearbeiter, SGG).
- Henssler, Martin, „Die gesetzliche Regelung der Rechtsanwalts-GmbH“, *NJW* 1999, S. 241–248.
- Ders., „Tarifbindung durch betriebliche Übung“, *Festschrift 50 Jahre Bundesarbeitsgericht*, hrsg. von Hartmut Oetker, Ulrich Preis, Volker Rieble, 2004, S. 638–712.
- Ders., „Stärkung der Tarifbindung durch den Gesetzgeber?“, *RdA* 2021, S. 1–8.
- Henssler, Martin/Mansel, Heinz-Peter, „Die Limited Liability Partnership als Organisationsform anwaltlicher Berufsausübung“, *NJW* 2007, S. 1393–1400.

Literaturverzeichnis

- Henssler, Martin/Moll, Wilhelm/Bepler, Klaus (Hrsg.), Der Tarifvertrag — Handbuch für das gesamte Tarifrecht, 2. Aufl. 2016 (zit.: Henssler/Moll/Bepler/Bearbeiter, Der Tarifvertrag).
- Henssler, Martin/Willemsen, Heinz J./Kalb, Heinz-Jürgen (Hrsg.), Arbeitsrecht Kommentar, 11. Aufl., 2024 (zit.: HWK/Bearbeiter).
- Herold, Ramona/Müller, Christian H., „«No-Gos» in Seminaren“, JA 2013, S. 808–814.
- Hilger, Marie Luise/Stumpf, Hermann, „Kündigungsfreiheit und Vertrauensschutz im Recht der Betriebsvereinbarung – Am Beispiel einer Betriebsvereinbarung über eine betriebliche Altersversorgung“, BB 1990, S. 929–936.
- Hintz, Manfred/Lowe, Sabine, SGG Sozialgerichtsgesetz, Kommentar, 2012 (zit.: Hintz/Lowe, SGG).
- Horn, Jan, „Das Befreiungsrecht des § 6 SGB VI der verkammerten Freien Berufe zugleich ein Beitrag zu BSG B 12 R 3/11, B 12 R 5/10 R sowie B 12 R 8/10 R“, NZS 2013, S. 605–612.
- von Hoyningen-Huene, Gerrick/Linck, Rüdiger, Kündigungsschutzgesetz, Kommentar, 15. Aufl., 2013 (zit.: v. Hoyningen-Huene/Linck/Bearbeiter, KSchG).
- Hromadka, Wolfgang/Maschmann, Frank, Arbeitsrecht – Band 2 – Kollektivarbeitsrecht + Arbeitsstreitigkeiten, 8. Aufl., 2020 (zit.: Hromadka/Maschmann, Arbeitsrecht, Bd. 2).
- Hueck, Alfred/Nipperdey, Hans Carl, Lehrbuch des Arbeitsrechts, Band 1, 7. Aufl., 1963, Band 2, Halbband 1 – Kollektives Arbeitsrecht, 2. Aufl., 1967, Band 2, Halbband 2 – Kollektives Arbeitsrecht, 7. Aufl., 1970 (zit.: Hueck/Nipperdey, ArbR).
- Höpfner, Clemens, „Die Binnendifferenzierung im System tarifvertraglicher Differenzierungsklauseln“, RdA 2019, 146–157.
- Höpfner, Clemens/Schneck, Jakob, „Die Rechtmäßigkeit von Arbeitskämpfen am Beispiel des Tagesstreiks – Teil 1“, RdA 2022, 131–145.
- Hümmerich, Klaus, „Die arbeitsgerichtliche Abfindung – Ein Beitrag zur Abfindungspraxis und zur gesetzlichen Neuregelung“, NZA 1999, S. 342–358.
- Hütter-Brungs, Gisela, „Rechtsfragen der Nachwirkung des Tarifvertrags“, ZfA 2021, 197–215.
- Hützen, Peter/Maiß, Sebastian, „Veränderte Beteiligungsrechte des Betriebsrats beim Einsatz von Fremdpersonal“, ArbRAktuell 2017, 299–301.
- Hufen, Friedhelm, Verwaltungsprozessrecht, 13. Aufl., 2013 (zit.: Hufen, Verwaltungsprozessrecht).
- Ipsen, Jörn, Staatsrecht II – Grundrechte, 24. Aufl., 2021 (zit.: Ipsen, Staatsrecht II).
- Jacobs, Matthias/Krause, Rüdiger/Oetker, Hartmut/Schubert, Claudia, Tarifvertragsrecht, 2. Aufl., 2013 (zit.: JKOS/Bearbeiter, TVR).
- Jacobs, Matthias/Krois, Christopher, Klausurenkurs im Arbeitsrecht II – Ein Fall- und Repetitionsbuch zum Schwerpunktbereich Arbeitsrecht, 2014 (zit.: Jacobs/Krois).
- Jansen, Christoph, „Das Recht der Gesetzlichen Krankenversicherung – Eine Einführung“, JA 2025, 705–709.
- Jarass, Hans D., „Sicherung der Rentenfinanzierung und Verfassungsrecht“, NZS 1997, S. 545–551.
- Jarass, Hans D./Pieroth, Bodo/Kment, Martin, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: GG, Kommentar, 18. Aufl., 2024 (zit.: Jarass/Pieroth/Bearbeiter, GG.).
- John, Uwe, „Fiktionswirkung oder Schutz typisierten Vertrauens durch das Handelsregister – Zur Frage der negativen Publizität bei nicht eingetragener Veränderung selbst nicht eingetragener Rechtsverhältnisse“, ZHR 140 (1976), S. 236–255.
- Jordanow, Kristin/Kübler, Alfred, „Gewerkschaftsbonus – Eine kritische Betrachtung der Praxis“, NZA 2024, 1015–1023.
- Junker, Abbo, Grundkurs Arbeitsrecht, 23. Aufl., 2024 (zit.: Junker, Grundkurs Arbeitsrecht).
- Kamanabrou, Sudabeh, „Der Streik durch Spartengewerkschaften – Zulässigkeit und Grenzen“, ZfA 2008, S. 241–281.
- Kania, Thomas, „Tarifbindung bei Ausgliederung und Aufspaltung eines Betriebs“, DB 1995, S. 625–631.
- Keller, Wolfgang, „Beweisanträge im Sozialgerichtsprozess – eine Darstellung aus richterlicher Sicht“, ASR 2009, S. 139–143.
- Kempfen, Otto Ernst/Zachert, Ulrich (†), TVG – Tarifvertragsgesetz – Kommentar für die Praxis, hrsg. von Brecht-Heitzmann, Holger, Kempfen, Otto Ernst, Schubert, Jens M. et al. 5. Aufl., 2014 (zit.: Kempfen/Zachert/Bearbeiter, TVG).
- Kempton, Michael/Steinat, Björn, „Der (Weiter-)Beschäftigungsanspruch – Voraussetzungen, Rechtsfolgen und taktische Fragestellungen“, NZA 2016, 913–918.
- Kilger, Hartmut/Prossliner, Michael, „Die Rechtsprechung zum Recht der berufsständischen Versorgung seit dem Jahre 2001“, NJW 2004, S. 821–828.
- Kingreen, Thorsten, „Verfassungsrechtliche Zulässigkeit exklusiver Tariföffnungsklauseln – Zugleich ein Beitrag zur Dogmatik der negativen Koalitionsfreiheit“, NZA 2021, 1–8.

- Kissel, Otto Rudolf, „Die neuen §§ 17 bis 17b GVG in der Arbeitsgerichtsbarkeit“, NZA 1995, S. 345–356.
- Klattenhoff, Roland, „Gesetzliche Rentenversicherung und berufsständische Altersversorgung – Die Regelung von Kompetenzkonflikten durch Befreiung von der Rentenversicherungspflicht“, DAngVers 1996, S. 404–411.
- Kleindiek, Detlef, Deliktshaftung und juristische Person: Zugleich zur Eigenhaftung von Unternehmensleitern, 1997 (zit.: Kleindiek, Deliktshaftung und juristische Person).
- Klocke, Kyra, „Die Mächtigkeitsrechtsprechung auf dem Prüfstand des Konventionsrechts“ – RdA 2024, 118–227.
- Klumpp, Steffen, „Widerspruch bei Betriebsübergang und Sperrzeit nach § 144 I 2 Nr. 1 SGB III“, NZA 2009, S. 354–357.
- Kluth, Winfried (Hrsg.), Handbuch des Kammerrechts, 3. Aufl. 2020 (zit.: Kluth/Bearbeiter, HdB des Kammerrechts).
- Knickrehm, Sabine/Roßbach, Gundula/Waltermann, Raimund, Kommentar zum Sozialrecht, 9. Aufl., 2025 (zit.: Knickrehm/Bearbeiter, SozR).
- Koch, Harald/Magnus, Ulrich/Winkler von Mohrenfels, Peter, IPR und Rechtsvergleichung, 4. Aufl., 2010 (zit.: Koch/Magnus/Winkler von Mohrenfels, IPR und Rechtsvergleichung).
- von Koppenfels-Spies, Katharina/Wenner, Ulrich (Hrsg.), SGB VI – Kommentar Gesetzliche Rentenversicherung, 2. Aufl. 2022 (zitiert: v. Koppenfels-Spies/Wenner/Bearbeiter, SGB VI).
- Kögel, Andreas M., „Der Abfindungsanspruch nach § 1a KSchG“, RdA 2009, S. 358–367.
- Konzen, Horst, „Der Regierungsentwurf des Betriebsverfassungsreformgesetzes“, RdA 2001, S. 76–92.
- Kopp, Ferdinand (†)/Schenke, Wolf-Rüdiger, Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO, Kommentar, 29. Aufl., 2023 (zit.: Kopp/Schenke, VwGO).
- Krasney, Otto Ernst, „Zum Krankheitsbegriff in der Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung“, ZfS 1976, S. 411–428.
- Krasney, Otto Ernst/Udsching, Peter/Groth, Andy/Meßling, Miriam, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens – Systematische Gesamtdarstellung mit zahlreichen Beispielen und Mustertexten, 8. Aufl., 2022 (zit.: Krasney/Udsching/Bearbeiter, HdB-SGB).
- Krauskopf – Soziale Krankenversicherung, Pflegeversicherung, hrsg. von Regine Wagner, Stefan Knittel, Loseblatt, 124. EL, Stand Januar 2025 (zit.: Krauskopf/Bearbeiter).
- Kreikebohm, Ralf/Dünn, Sylvia, SGB IV – Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung, Kommentar, 4. Aufl., 2022 (zit.: Kreikebohm/Dünn/Bearbeiter, SGB IV).
- Kreikebohm, Ralf/Roßbach, Gundula, SGB VI – Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung, Kommentar, 6. Aufl., 2021 (zit.: Kreikebohm/Roßbach/Bearbeiter, SGB VI).
- Krieger, Steffen/Arnold, Christian/Zeh, Ricarda, „Betriebsvereinbarungsoffene Arbeitsverträge – Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen der Praxis“, NZA 2020, 81–87.
- Kühl, Martin, Die Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe, 2007 (zit.: Kühl, Die Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe).
- Kummer, Peter, „Der Antrag im sozialgerichtlichen Verfahren“, DAngVers 1984, S. 308–317.
- Langenbrink, Bernhard/Schaarwächter, Meike, „Die neue gesetzliche Übergangsregelung des § 127 SGB IV für Lehrtätigkeiten“, ZTR 2025, 346–368.
- Langner, Sören, „Gesetzliche Beitragsbefreiung für Honorar-Notärzte im Rettungsdienst“, DStR 2017, 789–791.
- Lahnsteiner, Eva, „Seminar- und Abschlussarbeiten effektiv und erfolgreich schreiben“, JURA 2011, S. 580–587.
- Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch I, Sozialgesetzbuch I – Allgemeiner Teil, hrsg. von Utz Krahmer, Peter Trenk-Hinterberger, 4. Aufl., 2020 (zit.: LPK-SGB I/Bearbeiter).
- Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch III, Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung, hrsg. v. Walter Böttiger, Yasemin Körtek, Torsten Schaumburg, 4. Aufl. 2025 (zit.: LPK-SGB III/Bearbeiter).
- Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch V, Sozialgesetzbuch V – Gesetzliche Krankenversicherung, hrsg. von Andreas Hänlein, Rolf Schuler, 6. Aufl., 2022 (zit.: LPK-SGB V/Bearbeiter).
- Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch VI, Sozialgesetzbuch VI – Gesetzliche Rentenversicherung SGB VI | Versorgungsausgleich, hrsg. von Helmut Reinhardt, Wolfgang Silber, 5. Aufl., 2021 (zit.: LPK-SGB VI/Bearbeiter).
- Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch VII, Sozialgesetzbuch VII – Gesetzliche Unfallversicherung, hrsg. von Harald Becker, Edgar Franke, Thomas Molketin, Denis Hedermann, 6. Aufl., 2024 (zit.: LPK-SGB VII/Bearbeiter).
- Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch XI, Sozialgesetzbuch XI – Soziale Pflegeversicherung, hrsg. von Utz Krahmer, Markus Plantholz, 5. Aufl., 2018 (zit.: LPK-SGB XI/Bearbeiter).

Literaturverzeichnis

- Lehr- und Praxiskommentar zur Zivilprozessordnung*, Zivilprozessordnung, hrsg. von Ingo Saenger, 10. Aufl., 2023 (zit.: LPK-ZPO/Bearbeiter).
- Leinemann, Wolfgang, „Änderung von Arbeitsbedingungen durch Betriebsvereinbarungen – Fragen zum Beschluß des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts vom 16. September 1986“, BB 1989, S. 1905–1912.
- Löw, Hans-Peter/Oldehaver, Nina, „Stärkung der Tarifaufonomie, der Tarifpartner und der Tarifbindung – Kritische Bestandsanalyse und alternative Optionen“, NZA 2024, S. 88–92.
- Löwisch, Manfred, „Deliktsschutz gegen abtrünnige Mitglieder? – Zur Tarifbruch-Unterlassungsscheidung des BAG“, BB 1999, S. 2080–2083.
- Löwisch, Manfred/Caspers, Georg/Klump, Steffen, Arbeitsrecht, 12. Aufl., 2019 (zit.: Löwisch/Caspers/Klump, ArbR).
- Löwisch, Manfred/Rieble, Volker, Tarifvertragsgesetz, Kommentar, 4. Aufl., 2017 (zit.: Löwisch/Rieble, TVG).
- Lücke, Wolfgang, Zivilprozessrecht I – Zivilprozessrecht, Erkenntnisverfahren, Europäisches Zivilverfahrensrecht, 11. Aufl., 2020 (zit.: Lücke, Zivilprozessrecht).
- Luther, Christoph, „Einführung in das Umwandlungsrecht“, JURA 2009, S. 770–775.
- Mann, Thomas, Einführung in die juristische Arbeitstechnik, 5. Aufl., 2015 (zit.: Mann, Juristische Arbeitstechnik).
- Maurer, Hartmut/Waldhoff, Christian, Allgemeines Verwaltungsrecht, 21. Aufl., 2024 (zit.: Maurer/Waldhoff, VerwR-AT).
- Maurer, Hartmut/Schwarz, Kyrrill-A., Staatsrecht I – Grundlagen, Verfassungsorgane, Staatsfunktionen, 7. Aufl., 2023 (zit.: Maurer/Schwarz, Staatsrecht I).
- Mayer-Maly, Theo, „Ergänzende Tarifvertragsauslegung und Tarifaufonomie“, RdA 1988, S. 136 f.
- Mecke, Christian, „Arbeitnehmer und Beschäftigte – was gleich erscheint, muss nicht gleich sein – Zur Abgrenzung von Beschäftigung und Selbstständigkeit aus sozialrechtlicher Perspektive“, SR 2023, 81–99.
- Meilicke, Wienand/Graf v. Westphalen, Friedrich/Hoffmann, Jürgen et al., Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, 4. Aufl., 2024 (zit.: MWHLW/Bearbeiter, PartGG).
- Meller-Hannich, Caroline, Zivilprozessrecht, 3. Aufl. 2022 (zit.: Meller-Hannich, Zivilprozessrecht).
- Mergner, Tobias, „Der Verkehrsunfall als Wege- und Arbeitsunfall“, NJW 2023, 2924–2926.
- Meyer, Cord, „Regelungsfragen zumutbarer Weiterbeschäftigung beim Betriebsübergang“, NJW 2002, S. 1615–1622.
- Meyer-Ladewig, Jens/Keller, Wolfgang/Schmidt, Benjamin, Sozialgerichtsgesetz: SGG, Kommentar, 14. Aufl., 2023 (zit.: MKS/Bearbeiter, SGG).
- Möllers, Thomas M.J., Juristische Arbeitstechnik und wissenschaftliches Arbeiten, 11. Aufl., 2024 (zit.: Möllers, Juristische Arbeitstechnik).
- Mrozynski, Peter, SGB I – Sozialgesetzbuch Allgemeiner Teil, Kommentar, 7. Aufl., 2024 (zit.: Mrozynski, SGB I).
- Muckel, Stefan/Ogorek, Markus/Rixen, Stephan, Sozialrecht, 5. Aufl., 2019 (zit.: Muckel/Ogorek/Rixen, SozR).
- Mühlheims, Laurenz, „Homeoffice und Gesetzliche Unfallversicherung – Was Rechtsprechung tat und Gesetzgebung nun will“, NZS 2022, 5–11.
- Münchener Anwaltsbandbuch Arbeitsrecht, begründet von Wilhelm Moll, 6. Aufl., 2025 (zit.: MAH-ArbR/Bearbeiter).
- Münchener Anwaltsbandbuch Sozialrecht, begründet von Hermann Plagemann, 6. Aufl., 2024 (zit.: MAH-SozialR/Bearbeiter).
- Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, hrsg. von Heinrich Kiel, Stefan Lunk, Hartmut Oetker, Band 1: Individualarbeitsrecht I, 6. Aufl. 2024, Band 2: Individualarbeitsrecht II, 5. Aufl., 2021, Band 3: Kollektives Arbeitsrecht I, 5. Aufl., 2022, Band 4: Kollektives Arbeitsrecht II, Arbeitsgerichtsverfahren, 5. Aufl. 2022 (zit.: MHdB-ArbR/Bearbeiter).
- Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, hrsg. Jan Lieder, Nima Ghassemi-Tabar, Band 1: BGB-Gesellschaft, Offene Handelsgesellschaft, Partnerschaftsgesellschaft, EWIV, 6. Aufl. 2024, Band 2: Kommanditgesellschaft, GmbH & Co. KG, Publikums-KG, Stille Gesellschaft, 6. Aufl. 2024, Band 3: Gesellschaft mit beschränkter Haftung; GmbH, 6. Aufl. 2023, Band 4: Aktiengesellschaft, 6. Aufl. 2024, Band 5: Verein, Stiftung, bürgerliches Recht, 5. Aufl. 2021, Band 6: Internationales Gesellschaftsrecht, Grenzüberschreitende Umwandlungen, 5. Aufl. 2022, Band 7: Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (Corporate Litigation), 6. Aufl. 2020, Band 8: Umwandlungsrecht, 6. Aufl. 2025, Band 9: Recht der Familienunternehmen, 6. Aufl. 2021 (zit.: MHdB-GesR/Bearbeiter).

- Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch*, hrsg. von Franz Jürgen Sacker, Roland Rixecker, Hartmut Oetker, Bettina Limperg, Band 1: Allgemeiner Teil, 9. Aufl. 2021, Band 2: Schuldrecht – Allgemeiner Teil I, 9. Aufl. 2022, Band 3: Schuldrecht – Allgemeiner Teil II, 9. Aufl. 2022, Band 5: Schuldrecht Besonderer Teil II, 9. Aufl. 2023, Band 7: Schuldrecht – Besonderer Teil IV, 9. Aufl. 2024, (zit.: *MüKo-BGB/Bearbeiter*).
- Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung*, hrsg. von Thomas Rauscher, Wolfgang Krüger, Band 1: §§ 1–354, 7. Aufl., 2025 (zit.: *MüKo-ZPO/Bearbeiter*).
- Musielak, Hans-Joachim/Voit, Wolfgang, Grundkurs ZPO, 16. Aufl., 2022 (zit.: *Musielak/Voit*, Grundkurs ZPO).
- Dies., Kommentar zur Zivilprozessordnung: ZPO, 21. Aufl., 2024 (zit.: *Musielak/Voit/Bearbeiter*).
- Nebeling, Martin/Arntzen, Marina, „Das Günstigkeitsprinzip – Der Tarifvertrag als «Gesamtwerk»“, *NZA* 2011, S. 1215–1217.
- Neuner, Jörg, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 12. Aufl., 2020 (zit.: *Neuner*, BGB-AT).
- Niebler, Michael/Schmiedl, Wolfgang, „Sind Abweichungen vom Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zulässig? – Überlegungen zur «Obstrechtsprechung» des BAG“, *BB* 2001, S. 1631–1636.
- Nikisch, Arthur, Arbeitsrecht, Band 1, 3. Aufl., 1961 – Allgemeine Lehren und Arbeitsvertragsrecht, Band 2, 2. Aufl., 1959 – Koalitionsrecht, Arbeitskämpfrecht und Tarifvertragsrecht, Band 3, 2. Aufl., 1966 – Betriebsverfassungsrecht (zit.: *Nikisch*, Arbeitsrecht).
- Nipperdey, Hans Carl, „Gleicher Lohn der Frau für gleiche Leistung“, *RdA* 1950, S. 121–128.
- Ders., Grundrechte und Privatrecht, 1961 (zit.: *Nipperdey*, Grundrechte und Privatrecht).
- N.N., „Verwaltungspraxis nach Änderungen im Befreiungsrecht der Rentenversicherung – Ergänzende Information zur Umsetzung der BSG-Urteile vom 31.10.2012“, *Deutsche Rentenversicherung Bund*, *NZA* 2014, S. 136–138.
- Nomos Kommentar Gesamtes Arbeitsrecht*, hrsg. von Winfried Boecken, Franz Josef Düwell, Martin Diller, Hans Hanau, 2. Aufl. 2023 (zit.: *NK-GA/Bearbeiter*).
- Nomos Kommentar Sozialgesetzbuch III*, hrsg. von Andreas Heinz, Reimund Schmidt De Caluwe, Bernhard Joachim Scholz, 7. Aufl. 2021 (zit.: *NK-SGB III/Bearbeiter*).
- Otto, Sven-Joachim, „Die rechtliche Zulässigkeit einer tarifbindungsfreien Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden“, *NZA* 1996, S. 624–631.
- Offermann-Burckart, Susanne, „Das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte“, *NJW* 2016, 113–120.
- Pant, Benjamin, „Tarifautonomie und Mindestlohn“, *RdA* 2025, 104–119.
- Peters, Horst/Sautter, Theodor/Wolff, Richard, Kommentar zur Sozialgerichtsbarkeit, Loseblatt, 108. EL, Stand Januar 2020 (zit.: *Peters/Sautter/Wolff/Bearbeiter*).
- Picker, Christian, Die betriebliche Übung, 2011 (zit.: *Christian Picker*, Die betriebliche Übung).
- Picker, Eduard, „Fristlose Kündigung und Unmöglichkeit, Annahmeverzug und Vergütungsgefahr im Dienstvertragsrecht – Teil 2 – Zur Problematik substratsbedingter Leistungsstörungen, dargestellt an den Internats-Entscheidungen des Bundesgerichtshofs“, *JZ* 1985, S. 693–706.
- Ders., „Tarifautonomie – Betriebsautonomie – Privatautonomie“, *NZA* 2002, S. 761–770.
- Pieronczyk, Marc-Christian, „Fehlerhafte Dauerverträge“, *JuS* 2022, 910–914.
- Pohlmann, Petra, Zivilprozessrecht, 5. Aufl., 2022 (zit.: *Pohlmann*, Zivilprozessrecht).
- Polten, Stephan, „Sozialversicherungsfreiheit für Notärzte – Bestandsaufnahme einer Neujustierung“, *NZS* 2017, 495–500.
- Polzin, Daniel, „Die Maßgeblichkeit des Streikbeschlusses für die Ermittlung des Streikziels“, *NZA* 2019, 753–758.
- Pottmeyer, Klaus, „Das Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers im Falle des Betriebsinhaberwechsels und die Sperrzeit nach § 119 Abs. 1 AFG“, *NZA* 1988, S. 521–528.
- Preis, Ulrich, Grundfragen der Vertragsgestaltung im Arbeitsrecht, Neuwied [u. a.], 1993 (zit.: *Preis*, Grundfragen).
- Preis, Ulrich/Greiner, Stefan, Kollektivarbeitsrecht, Lehrbuch für Studium und Praxis, 5. Aufl., 2020 (zit.: *Preis/Greiner*, Kollektivarbeitsrecht).
- Preis, Ulrich/Temming, Felipe, Individualarbeitsrecht, Lehrbuch für Studium und Praxis, 6. Aufl., 2020 (zit.: *Preis/Temming*, Individualarbeitsrecht).
- Preis, Ulrich/Schulze, Judith, „Die Reform des Nachweisgesetzes“, *NJW* 2022, 2297–2301.
- Preis, Ulrich/Ulber, Daniel, „Die Wiederbelebung des Ablösungs- und Ordnungsprinzips“, *NZA* 2014, S. 6–10.
- Prütting, Hanns/Wegen, Gerhard/Weinreich, Gerd (Hrsg.), BGB – Kommentar, 19. Aufl., 2024 (zit.: *PWW/Bearbeiter*).
- Reichhold, Hermann, „Abschied von der Tarifeinheit im Betrieb und die Folgen“, *RdA* 2007, S. 321–328.

Literaturverzeichnis

- Ders., „Entgeltmitbestimmung beim tariffreien Arbeitgeber: nur «Erfurter Allerlei»“, BB 2009, S. 1470–1472.
- Reimer, Philipp, Allgemeines Verwaltungsrecht, 1. Aufl. 2024 (zitiert: Reimer, Allgemeines Verwaltungsrecht).
- Reuter, Dieter, „Änderung von Ruhegeldordnungen durch die Versorgungsrichtlinien einer Unterstützungskasse oder durch Betriebsvereinbarung – Anmerkung zu BAG v. 8.12.1981 – 3 ABR 53/80 und BAG v. 8.12.1981 – 3 AZR 518/80“, SAE 1983, S. 201–204.
- Richardi, Reinhard, „Der Beschluß des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts zur ablösenden Betriebsvereinbarung“, NZA 1987, S. 185–191.
- Ders., „Der CGM-Beschluss des ArbG Stuttgart: Tariffähigkeit und Tarifizensur“, NZA 2004, S. 1025–1029.
- Ders., „Eingriff in eine Arbeitsvertragsregelung durch Betriebsvereinbarung“, RdA 1983, S. 201–217.
- Ders., „Formzwang im Arbeitsverhältnis“, NZA 2001, S. 57–63.
- Ders., „Verbandsmitgliedschaft und Tarifgeltung als Grundprinzip der Tarifaufonomie“, NZA 2013, S. 408–412.
- Ders., Betriebsverfassungsgesetz: BetrVG, 8. Aufl., 2002 (zit.: Richardi/Bearbeiter, BetrVG, 8. Aufl., 2002).
- Ders., Betriebsverfassungsgesetz: BetrVG, 17. Aufl., 2022 (zit.: Richardi/Bearbeiter, BetrVG).
- Richardi, Reinhard/Bayreuther, Frank, Kollektives Arbeitsrecht, 5. Aufl., 2023 (zit.: Richardi/Bayreuther, Kollektives Arbeitsrecht).
- Ricke, Wolfgang, „Die Feststellung von Wegeunfällen in der gesetzlichen Unfallversicherung“, NZV 2019, 506–510.
- Ricken, Oliver, „Betriebliche Übung und Vertragskontrolle im Arbeitsrecht“, DB 2006, S. 1372–1376.
- Rieble, Volker, „Das neue Arbeitskammerrecht des BAG“, BB 2008, S. 1506–1515.
- Ders., „Kompensation der Betriebsspaltung durch den Gemeinschaftsbetrieb mehrerer Unternehmen (§ 322 UmwG)“, Festschrift für Günther Wiese zum 70. Geburtstag, hrsg. von Peter Hanau, Egon Lorenz und Hans-Christoph Matthes, 1998, S. 453–478.
- Robert, Lars, „Betriebliche Bündnisse für Arbeit versus Tarifaufonomie?“, NZA 2004, S. 633–640.
- Roller, Steffen, „Richterliche Möglichkeiten zur Beschleunigung des sozialgerichtlichen Verfahrens“, SGB 2010, S. 636–641.
- Rosenberg, Leo (†)/Schwab, Karl Heinz (†)/Gottwald, Peter, Zivilprozessrecht, 18. Aufl., 2018 (zit.: Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht).
- Ruland, Franz, „Beschäftigungsverhältnis oder „Neue Selbstständigkeit“?“, NZS 2019, 681–693.
- Rüthers, Bernd, „Mehr Beschäftigung durch Entrümpelung des Arbeitsrechts?“, NJW 2003, S. 546–552.
- Sachs, Michael, Grundgesetz, Kommentar, 10. Aufl., 2024 (zit.: Sachs/Bearbeiter, GG).
- Schack, Haimo, Internationales Zivilverfahrensrecht – mit internationalem Insolvenz- und Schiedsverfahrensrecht, 9. Aufl., 2025 (zit.: Schack, Internationales Zivilverfahrensrecht).
- Schaub, Günter, „Änderungskündigung und Kündigungsschutz bei Betriebsvereinbarungen“, BB 1990, S. 289–291.
- Schaub, Günter (†), Arbeitsrechts-Handbuch, 20. Aufl., 2023 (zit.: Schaub/Bearbeiter, ArbR-Hdb.).
- Schenke, Wolf-Rüdiger, Verwaltungsprozessrecht, 18. Aufl., 2023 (zit.: Schenke, Verwaltungsprozessrecht).
- Schliemann, Harald, „Tarifliches Günstigkeitsprinzip und Bindung der Rechtsprechung“, NZA 2003, S. 122–128.
- Schmidt, Karsten, Gesellschaftsrecht, 4. Aufl., 2002 (zit.: K. Schmidt, Gesellschaftsrecht).
- Schmidt-Graumann, Anke, „Zur Gewährung einer Rente wegen Erwerbsminderung“, PflR 2025, 389–390.
- Schmitt, Jochem, SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung, Kommentar, 4. Aufl., 2009 (zit.: Schmitt/Bearbeiter, SGB VII).
- Schoch, Friedrich/Schneider, Jens-Peter (Hrsg.), Verwaltungsrecht, Loseblatt, Kommentar, Bände zur VwGO, 45. EL, Stand Januar 2024 (zit.: Schoch/Schneider/Bearbeiter, VwGO).
- Schomaker, Jason, Die Mitbestimmung des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen, BRuR 2022, 365–370.
- Schütze, Bernd (Hrsg.), Sozialgesetzbuch X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz, Kommentar, 9. Aufl., 2020 (zit.: Schütze/Bearbeiter, SGB X).